

2012-01-23 / 12:53:25 / Initiative Inklusion Österreich

Initiative Inklusion Österreich: Offener Brief an Unterrichtsministerin Schmied

Wien (OTS) -

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.in Schmied,
Ihre Antwort auf eine parlamentarische Anfrage (Nr. 9900/J-NR/2011), in der Sie die Existenz von Sonderschulen neben einem voll ausgebauten inklusiven System befürworten, und weiters die wesentlichen Inhalte der Konvention durch die Rechtswirklichkeit in Österreich für erfüllt ansehen, veranlasst uns, diesen Brief an Sie zu richten. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, zu deren Einhaltung sich Österreich im Oktober 2008 verpflichtet hat, sieht eine inklusive Schule für alle Schultypen und für alle Schulstufen vor. Die Wirklichkeit in Österreich sieht jedoch leider so aus, dass nur knapp über die Hälfte aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ in Regelschulen unterrichtet wird, der anderen Hälfte bleibt die Sonderschule als einzige Wahl. Der Anteil der Kinder am gemeinsamen Unterricht ist hierbei von Bundesland zu Bundesland verschieden, in einigen Ländern beträgt dieser nur ein Drittel aller Kinder. Wie langjährige Erfahrungen von Eltern beeinträchtigter Kinder bis heute zeigen, wird ihnen der Wunsch nach einem Platz in der gemeinsamen allgemeinen Schule der Nachbarschaft oft verwehrt, dies umso eher, wenn das Kind einen höheren Unterstützungsbedarf aufweist und/oder älter ist (ab der Sekundarstufe I). Und wer das Glück hat, einen Integrationsplatz zu ergattern, klagt nicht selten über mangelnde Qualität im integrativen Unterricht, weil es an ausreichend und inklusiv ausgebildetem pädagogischen und assistierenden Personal sowie an den passenden Hilfsmitteln mangelt. Dabei könnte dies in Form einer gemeinsamen inklusiven Schulform kostensparend und effizient eingesetzt werden.

Wir von der Initiative Inklusion Österreich sind überzeugt, dass das Festhalten am Auslaufmodell Sonderschule das entscheidende Hindernis darstellt, dass sich unser Schulsystem quantitativ und qualitativ nicht in Richtung eines inklusiven Systems weiterentwickeln kann, welches allen Kindern mit und ohne Beeinträchtigung eine individuelle Förderung im gemeinsamen Unterricht ermöglicht! Lassen Sie nicht zu, dass der dringend notwendige Transfer von sonderpädagogischen Ressourcen in die allgemeinen Schulen durch die Aufrechterhaltung des teuren Parallelsystems Sonderschule blockiert wird!

Wir fordern daher von Ihnen als hauptverantwortlicher Bundesministerin ein klares Bekenntnis zur inklusiven Schule und einen Plan zur schrittweisen Umwandlung der Sonderschulen bis zu einem verbindlich vereinbarten "Tag X", an dem die inklusive Schule für alle in ganz Österreich Wirklichkeit wird!

Weiters wollen wir ausdrücklich festhalten, dass wir im Zuge der laufenden Mitarbeit an den Runden Tischen des Unterrichtsministeriums niemals eine Fortschreibung des Parallelsystems Sonderschule befürwortet haben, und daher auch kein Strategiepapier des Unterrichtsministeriums mittragen, in dem nicht alle Kräfte auf die inklusive Schule konzentriert werden.

Mit freundlichen Grüßen - für die Initiative Inklusion Österreich:

Wolfgang Begas, Waltraud Engl, Ewald Feyerer, Rainer Grubich, Sven Hosse, Maria Kreilinger, Fritz Neumayer, Claudia Niedermair, Irene Moser, Petra Pinetz, Wilfried Prammer, Ingeborg Pröglhöf, Bernhard Schmid, Volker Schönwiese, Anna Taupe-Lehner, Christian Treweller

Rückfragehinweis: Initiative Inklusion Österreich, Mag. Bernhard Schmid, Tel.: 0699-8118-9070

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13658/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Lebenshilfe: Sonderschule mit inklusiver Schule nicht vereinbar

Utl.: Alarmierende Festlegung von Unterrichtsministerin Schmied vor entscheidender Verhandlungsrunde =

Wien (OTS) - "Wir fordern ein durchlässiges und inklusives Schulsystem von der Pflichtschule bis zur Oberstufe, an dem Schüler und Schülerinnen mit Beeinträchtigungen von Beginn an teilnehmen können", fordert Lebenshilfe-Präsident Univ.-Prof. Dr. Germain Weber heute.

Alarmglocken lösen bei der Lebenshilfe Österreich die Aussagen von Unterrichtsministerin Claudia Schmied zu einer parlamentarischen Anfrage der Grünen aus. Geht es nach Schmied, seien im jetzigen Schulsystem die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention bereits erfüllt. Des Weiteren lässt Schmied keinen Zweifel daran, weiterhin am System der Sonderschulen festzuhalten. Die Lebenshilfe lehnt die Beibehaltung des Schulsystems mit Regelschulen und Sonderschulen strikt ab, da der separate Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen eindeutig den Regeln der UN-Behindertenrechtskonvention widerspricht. "Kinder mit Beeinträchtigungen und ihre Eltern sollten in erster Linie das Angebot erhalten, eine inklusive Schule zu besuchen. Das gegenseitige Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen befähigt zu einer solidarischen Grundeinstellung und stellt einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft dar", erläutert Weber.

Der Erhalt von Sonderschulen parallel zu Regelschulen hält nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen auf einem lebenslangen Sonderweg am Rande der Gesellschaft, sondern ist auch kostspielig in der Erhaltung. "Wir wissen aus Studien, dass die inklusive Schulbildung mehr Ressourcen einspart als sie Kosten verursacht", betont Weber und fordert, den Zugang zu Bildung für Menschen mit Beeinträchtigungen auf alle Schulstufen und Schultypen auszudehnen.

Die Umsetzung der Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention erfordert eine Umwandlung der Sonderschulen in inklusive Schulen für alle Kinder. Diesen Reformprozess hat die Lebenshilfe bereits vor zwei Jahren mit ihrem Stufenplan zur inklusiven Schule angeregt, der bis 2016 einen schrittweisen Umbau des Schulsystems und eine Umverteilung der Ressourcen der Sonderschulen in inklusive Schulen vorsieht. Weber: "Das hervorragende sonderpädagogische Wissen der Sonderschulen soll allen Schülern und Schülerinnen zugutekommen."

Die Lebenshilfe blickt nun mit Spannung auf die nächste Verhandlungsrunde im Unterrichtsministerium diese Woche, bei der ein Entwicklungsplan hin zur inklusiven Schule erarbeitet werden soll. "Wir erwarten uns vom Unterrichtsministerium eine klare Positionierung und ein eindeutiges Bekenntnis zur inklusiven Bildung, was im Endeffekt eine Distanzierung zur Sonderschule zur Folge haben muss. Nur auf diesem Weg gelangen wir zu der tiefgreifenden Strukturreform des Bildungssystems, die wir vehement einfordern", schließt Weber.

Rückfragehinweis:

Lebenshilfe Österreich

Eva Schrammel

Tel.: 01/812 26 42 - 79 oder 0664/88 43 1996

schrammel@lebenshilfe.at

www.lebenshilfe.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0133 2012-01-23/12:11

"Zusätzliches Angebot"

Schmied will Sonderschulen erhalten

23. Jänner 2012 14:59



Foto: Hans Punz/dapd

Vertreter von ÖVP und Grünen fordern die Abschaffung der Sonderschulen. Die Landesschulratspräsidenten treten für die Beibehaltung ein - und so auch Claudia Schmied.

Sieht in parlamentarischer Anfragebeantwortung keinen Widerspruch zu integrativem Bildungssystem

Wien - Dass Unterrichtsministerin Claudia Schmied die "wesentlichen Inhalte" der 2008 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung "für erfüllt" ansieht, sorgte am Montag u.a. bei Lebenshilfe-Präsident Germain Weber für Unmut. Damit Kinder mit Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden, fordern Lebenshilfe, aber auch andere Organisationen sowie ÖVP- und Grünen-Mandatare seit jeher die Abschaffung der Sonderschulen. Wie aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch die Grünen hervorgeht, sieht Schmied dafür jedoch keine Notwendigkeit.

"Zusätzliches Angebot"

Artikel 24 der UN-Konvention verpflichtete Österreich, "ein integratives Bildungssystem einzurichten", so die Ministerin. Wie Staaten das organisieren und welche Schwerpunkte sie setzen, bleibe ihnen jedoch selbst überlassen - und da "Sonderschulen unerwähnt bleiben, kann dies nur bedeuten, dass neben einem voll ausgebauten inklusiven System derartige Schulen als zusätzliche Angebote bestehen dürfen". Sonderschulen stünden demnach der Integration von Menschen mit Behinderung ins allgemeine Bildungssystem insofern nicht im Weg, "wie ein Überwechseln ins inklusive System jederzeit ohne Probleme möglich ist".

"Auslaufmodell"

Für die Lebenshilfe ist die Sonderschule jedoch keineswegs mit der inklusiven Schule vereinbar. Der "separate Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen" widerspreche klar den Regeln der UN-Behindertenrechtskonvention und halte Behinderte nicht nur "auf einem lebenslangen Sonderweg am Rande der Gesellschaft, sondern ist auch kostspielig in der Erhaltung", meint Lebenshilfe-Präsident Weber. Eine Ansicht, die auch die "Initiative Inklusion Österreich" teilt, die sich am Montag in einem offenen Brief an Schmied wandte. Sie sieht das "Festhalten am Auslaufmodell Sonderschule"

als entscheidendes Hindernis bei der Entwicklung hin zum inklusiven Schulsystem. Nur eine gemeinsame Schulform könne entsprechend ausgebildete Pädagogen sowie passende Hilfsmittel "kostensparend und effizient" einsetzen.

Laut Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich, haben Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Österreich "noch immer keinen Platz in einer gemeinsamen Schule". Dabei könne Inklusion allen nutzen, die "häufig befürchtete Nivellierung nach unten" finde nicht statt, wird Denk in einer Aussendung anlässlich seines heutigen Referats im Rahmen der Zero Conference der Essl-Stiftung zitiert. Die Inklusions-Quote von Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf liege derzeit zwischen 82 Prozent in Steiermark und nur 32 Prozent in Niederösterreich.

Landesschulratspräsidenten für Sonderschulen

Die Länder sind es auch, die auf die Erhaltung der Sonderschulen Wert zu legen scheinen: Im November bestätigte etwa der Tiroler Landesschulratspräsident Hans Lintner eine entsprechende Vereinbarung mit dem Unterrichtsministerium, wonach "Integration und Inklusion so weit wie möglich ausgebaut werden soll, dass es aber unverzichtbar ist und bleibt, dass Sonderschulen weiterhin bestehen bleiben".

So kommt die Abschaffung der Sonderschulen weder im "Nationalen Aktionsplan" (NAP) des Sozialministeriums noch in Schmieds geplanten Schritten zur inklusiven Schule vor. Diese sehen u.a. die Integration in der neunten Schulstufe an Polytechnischen und einjährigen Haushaltungsschulen sowie vermehrte Schulversuche in der Sekundarstufe II und die weitere Entwicklung von "Kompetenzzentren an Sonderschulstandorten" vor. Weber geht das nicht weit genug: Er fordert in Schmieds Entwicklungsplan, der laut Lebenshilfe noch diese Woche weiter verhandelt wird, "eine klare Positionierung und ein eindeutiges Bekenntnis zur inklusiven Bildung, was im Endeffekt eine Distanzierung zur Sonderschule zur Folge haben muss". (APA)

insigma

"ein Überwechseln ins inklusive System jederzeit ohne Probleme möglich"

wir wollten vergangene woche unser tochter mit aspeger-syndrom an einem gymnasium anmelden. wurde seitens der direktion abgelehnt, die lehrer seien schon mit dem umsetzen von reformen überlastet...

im mittelalter hat man verbrannt, vor ca 100 jahren vergast und heutzutage bleiben sie halt ausgeschlossen vom rest der gesellschaft. österreich 2012, ein feines land!

Eric der coole

warum

lässt man die kinder bzw. deren eltern nicht die entscheidung ob inklusion oder sonderschule? das integrationsgesetz hat längts das recht darauf festgeschrieben, trotzdem geben viele eltern die kinder an sonderschulen, weil dort sehr gut gearbeitet wird. das einzige problem ist ja dass alle behindertensysteme derzeit insgesamt ausgehungert werden - da protestiert keiner, auch nicht der lebenshilfe präsident...

LL MM

Und warum soll man beim Besuch einer Sonderschule vom "allgemeinen Bildungssystem" ausgeschlossen werden?

Was glauben die eigentlich, was in einer Sonderschule gemacht wird?

Diese Inklusions-Spinner tragen ihre ideologischen Spielchen auf dem Rücken ALLER Beteiligten aus.

Logischerweise müsste sich dann die Lebenshilfe auch selbst abschaffen, denn die ist das Gegenteil von Integration und Inklusion.

Eric der coole

danke!

weil noch nie jemand von diesen tollen "expertinnen" sich die mühe machte, einmal unsere arbeit in den sonderschulen zu beobachten, wird munter losgedroschen. die schwindligste Rolle psilet dieser Lebenshilfe Präsident - die Lebenshilfe hat nicht einmal ein integratives Modell, sondern segrergeriert am allerärgste. der müsste sich dochsselbst abschaffen! der wirkliche skandal ist, dass alle behindertensystem sowohl integration als auch sonderschule ressourcenmäßig ausgehungert werden!!! dazu fällt ihnen allen nichts ein, wenn kinder überhaupt keine förderung mehr bekommen

hansi feinbein

die frau ist schon ziemlich peinlich...

in ihren werbevideos zur neuen mittelschule nennt sie das vorbild südtirol... dort gibt es seit 30 jahren keine sonderschulen mehr... und nun lässt sie ein jahr experten beraten, um dann zu sagen, dass eh alles gemacht sei... die ist schon fast so daneben, wie die meisten der landesschulratspräsidenten.

sonicht!

die banken regieren uns

was qualifiziert die schmied eigentlich ?

warum bilden sich solche leute ein überall kompetent zu sein?
zu allem fähig aber zu nichts zu gebrauchen.

<http://derstandard.at/1326503485603/Zusaetzliches-Angebot-Schmied-will-Sonderschulen-erhalten>

Behinderte: Schmied will Sonderschulen beibehalten

(DiePresse.com) 23.01.2012 17:37

Unterrichtsministerin Schmied sieht in der Beibehaltung von Sonderschulen keinen Widerspruch zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Das sorgt für Unmut bei Lebenshilfe und Grünen.

Es ist ein höchst kontroverses Thema: der Umgang mit behinderten Kindern im Schulsystem. Lebenshilfe sowie ÖVP- und Grünen-Mandatare fordern seit jeher die Abschaffung der Sonderschulen, damit Behinderte nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Wie aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Grünen hervorgeht, sieht Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) dafür aber keine Notwendigkeit.

Sie sehe die wesentlichen Inhalte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die im Jahr 2008 ratifiziert wurde, für erfüllt an, so Schmied. Diese verpflichte Österreich, ein integratives Bildungssystem einzurichten. Wie Staaten das konkret organisieren, bleibe ihnen aber selbst überlassen. „Ausgehend davon, dass Sonderschulen unerwähnt bleiben, kann dies nur bedeuten, dass neben einem voll ausgebauten inklusiven System derartige Schulen als zusätzliches Angebot bestehen dürfen.“ Sie stünden einer Inklusion so lange nicht im Weg, wie ein Überwechseln ins allgemeine System jederzeit problemlos möglich sei.

Kritik von Lebenshilfe, Diakonie, Grünen

Die Kritik folgte auf den Fuß: Für die Lebenshilfe ist die Sonderschule jedoch keineswegs mit der inklusiven Schule vereinbar. Der "separate Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen" widerspreche klar den Regeln der UN-Behindertenrechtskonvention und halte Behinderte nicht nur "auf einem lebenslangen Sonderweg am Rande der Gesellschaft, sondern ist auch kostspielig in der Erhaltung", meint Lebenshilfe-Präsident Weber.

Eine Ansicht, die auch die "Initiative Inklusion Österreich" teilt, die sich am Montag in einem offenen Brief an Schmied wandte. Sie sieht das "Festhalten am Auslaufmodell Sonderschule" als entscheidendes Hindernis bei der Entwicklung hin zum inklusiven Schulsystem. Nur eine gemeinsame Schulform könne entsprechend ausgebildete Pädagogen sowie passende Hilfsmittel "kostensparend und effizient" einsetzen. Kritik kommt auch von den Grünen - zumal es in Österreich längst kein voll ausgebautes inklusives System gebe, so Bildungssprecher Harald Walser.

Laut Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich, haben Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Österreich "noch immer keinen Platz in einer gemeinsamen Schule". Dabei könne Inklusion allen nutzen, die "häufig befürchtete Nivellierung nach unten" finde nicht statt, wird Denk in einer Aussendung anlässlich seines heutigen Referats im Rahmen der Zero Conference der ESSL-Stiftung zitiert. Die Inklusions-Quote von Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf liege derzeit zwischen 82 Prozent in Steiermark und nur 32 Prozent in Niederösterreich.

Länder für Beibehaltung von Sonderschulen

Die Länder sind es auch, die auf die Erhaltung der Sonderschulen Wert zu legen scheinen: Im November bestätigte etwa der Tiroler Landesschulratspräsident Hans Lintner (ÖVP) eine entsprechende Vereinbarung mit dem Unterrichtsministerium, wonach "Integration und Inklusion so weit wie möglich ausgebaut werden soll, dass es aber unverzichtbar ist und bleibt, dass Sonderschulen weiterhin bestehen bleiben".

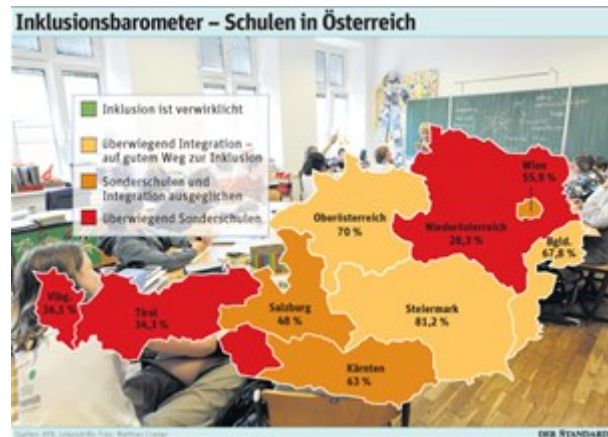
Schmieds geplante Schritten zur inklusiven Schule sehen u.a. die Integration in der neunten Schulstufe an Polytechnischen und einjährigen Haushaltungsschulen sowie vermehrte Schulversuche in der Sekundarstufe II und die weitere Entwicklung von "Kompetenzzentren an Sonderschulstandorten" vor. Weber geht das nicht weit genug: Er fordert in Schmieds Entwicklungsplan, der laut Lebenshilfe noch diese Woche weiter verhandelt wird, "eine klare Positionierung und ein eindeutiges Bekenntnis zur inklusiven Bildung, was im Endeffekt eine Distanzierung zur Sonderschule zur Folge haben muss".

(APA)

http://diepresse.com/home/bildung/schule/pflichtschulen/726173/Behinderte_Schmied-will-Sonderschulen-beibehalten?_vl_backlink=/home/bildung/schule/index.do

Abgesondert oder integriert lernen

24. Jänner 2012 18:54



vergrößern 550x397

Grafik: DER STANDARD

Behindert ist, wer behindert wird: Die Lebenshilfe fordert ein Aus für die Sonderschulen und ein völkerrechtlich garantiertes Recht für alle Kinder - auch jene mit "Beeinträchtigungen" - auf eine "inklusive" Regelschule

Wien - Noch 138 Jahre warten: Wenn es mit der Integration von Kindern mit Behinderung in das österreichische Schulwesen in dem bisherigen Tempo weitergeht, dann werden noch einhundertachtunddreißig Jahre vergehen müssen, bis Inklusion zu hundert Prozent erreicht ist. Bis also jedes Kind, das eine körperliche oder intellektuelle Beeinträchtigung - oder "sonderpädagogischen Förderbedarf" (SPF) - hat, eine integrative Regelschule besuchen darf - und keine Sonderschule. Derzeit sind die Chancen, integriert lernen zu können, regional sehr unterschiedlich (siehe Integrationsbarometer rechts).

2009/10 wurden unter den insgesamt 596.000 Schülern laut Schulstatistik 28.468 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf - die Einstufung nehmen die Schulbehörden vor - in allgemeinen Pflicht-, Neuen Mittel- und Polytechnischen Schulen gezählt, AHS-Unterstufen fehlen in der Statistik, obwohl auch dort Inklusion gesetzlich vorgesehen ist - und praktiziert wird: In Wien etwa sind sieben AHS inklusiv geführt, haben also "Integrationsklassen".

Aus für Sonderschulen

Von den SPF-Schülern lernten 15.247 in Integrationsklassen, 2006/07 waren es 14.594. 2009/10 betrug die Integrationsquote demnach 53,5 Prozent - die Integrationsquote stieg in drei Jahren um ein Prozent. "So lange wollen wir nicht warten", sagt Inklusionsexperte Bernhard Schmid, der die 138 Jahre errechnet hat. Der Generalsekretär der Lebenshilfe Wien fordert im Standard-Gespräch nicht nur mehr Tempo, sondern überhaupt das Aus für Sonderschulen - stufenweise bis 2016.

Die Lebenshilfe Österreich will - wie die Grünen übrigens auch - nachdrücklich eine inklusive Schule für alle Kinder - auch und vor allem, weil sich Österreich 2008 mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen dazu verpflichtet habe. Diese sieht vor, dass die Vertragsstaaten "ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen" gewährleisten.

Dritter runder Tisch

Im Unterrichtsministerium findet dazu morgen, Donnerstag, bereits der dritte runde Tisch statt, bei dem ein Entwicklungsplan hin zur inklusiven Schule erarbeitet werden soll, sagt Bernhard Schmid. Die Lebenshilfe hat Sorge, dass Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) die Sonderschulen beibehalten will.

Das geht zumindest aus einer parlamentarischen Anfrage der Grünen hervor, in der sie sagt, dass die "wesentlichen Inhalte" der UN-Konvention "erfüllt" seien. Sonderschulen blieben in der Konvention "unerwähnt", das könne "nur bedeuten, dass neben einem voll ausgebauten inklusiven System derartige Schulen als zusätzliche Angebote bestehen dürfen", schreibt Schmied. Außerdem sei ein Wechsel aus der Sonderschule "ins inklusive System jederzeit möglich".

Für den Präsidenten der Lebenshilfe, Germain Weber, widerspricht der "separate Unterricht" klar den Regeln der UN-Behindertenrechtskonvention. "Das gegenseitige Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen befähigt zu einer solidarischen Grundeinstellung", sagt der Dekan der Fakultät für Psychologie der Uni Wien. Außerdem wisse man aus Studien, "dass die inklusive Schulbildung mehr Ressourcen einspart, als sie Kosten verursacht".

All das, was in Sonderschulen an pädagogischen Maßnahmen gemacht werde, "ist auch in Regelschulen machbar", sagt der Wiener Lebenshilfe-Generalsekretär Schmid. Italien hat als einziges EU-Land keine Sonderschulen. In Teilen Kanadas ist laut Schmid Inklusion in allen Schulstufen bis hinauf zur Universität garantiert.

In Österreich dagegen war inklusiver Unterricht bis vor kurzem nur für acht Schulstufen gesetzlich zugesichert. Erst unlängst wurde die reguläre Integration von SPF-Schülern auch in der 9. Schulstufe - in Polytechnischen Schulen und in einjährigen Haushaltungsschulen - beschlossen.

Den Behindertensprechern der fünf Parteien reicht das nicht. Gemeinsam fordern sie in einem Entschließungsantrag inklusiven Unterricht auch in berufsbildenden mittleren Schulen: "Behinderte Jugendliche mit körperlichen oder intellektuellen Einschränkungen" müssten auch die Möglichkeit einer Ausbildung in BMS und eine "Berufsperspektive in der Wirtschaft" erhalten, heißt es darin.

Denn "behindert" ist, wer behindert wird. Oder, wie Bernhard Schmid es formuliert: "Es ist normal, verschieden zu sein." (Lisa Nimmervoll, DER STANDARD, Printausgabe, 25.1.2012)

<http://derstandard.at/1326503605605/Abgesondert-oder-integriert-lernen>

Schmied will Sonderschule trotz UN-Konvention erhalten

Von Petra Tempfer

Wien. "Wenn unser autistisches Integrationskind den Computer ausschalten soll, schreit es, dass es durchs Schulhaus hallt", berichtet Herta K., Volksschullehrerin in Wien-Brigittenau. Ihrer Ansicht nach belasten Kinder mit besonderen Bedürfnissen mitunter den Unterricht. Was vor allem dann zum Problem werde, wenn der zusätzliche Sonderschullehrer der Integrationsklasse krank ist und nur noch ein Lehrer alle Kinder unterrichten muss.

Ansichten wie diese hat nun Unterrichtsministerin Claudia Schmied gestützt, indem sie erstmals zum Thema Sonderschule klar Stellung bezog und betonte, diese erhalten zu wollen. Konkret war es die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch die Grünen, wie es denn mit dem Ausbau der inklusiven Schule in Österreich weitergehe. Ihre Aussage rief die Behindertenorganisationen "Lebenshilfe" und "Initiative Inklusion Österreich" auf den Plan: Die 2008 ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung sehe einen inklusiven Unterricht für alle Schulen und Schulstufen vor. Sogar eine Steigerung zur Integrationsklasse also, in der behinderte Kinder als "etwas anderes" angesehen werden und erst integriert werden müssen, während bei der Inklusion alle als gleichwertig betrachtet werden. Derzeit besuchen rund 13.000 Kinder, also die Hälfte aller Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, eine Sonderschule.

Eine Wortklauberei

Allerdings ist es gerade die UN-Konvention, auf der Schmieds Bekenntnis zur Sonderschule basiert. Die Ministerin sieht die "wesentlichen Inhalte erfüllt": Der Verpflichtung, "ein integratives Bildungssystem einzurichten", werde nachgegangen - da in der Konvention jedoch "Sonderschulen unerwähnt bleiben, kann dies nur bedeuten, dass sie als zusätzliche Angebote bestehen dürfen". Ein Wechsel ins integrative System sei jederzeit möglich.

Eine Wortklauberei also, bei der es um den Begriff "Sonderschule" und - was viel wesentlicher ist - um die Einstellung zum Thema Inklusion geht. Doch was sagt der UN-Monitoringausschuss dazu, der die Einhaltung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen durch die öffentliche Verwaltung überwacht? "Sinn und Zweck sind maßgeblich, nicht Wortklaubereien", sagt Vorsitzende Marianne Schulze zur "Wiener Zeitung". Und der Zweck sei laut UN-Konvention, "dass das allgemeine Bildungssystem für alle Menschen mit Behinderung geöffnet werden muss." Die Kinder müssten gemeinsam unterrichtet werden. Nur so könnten Vorurteile von Anfang an abgebaut werden. "Lebenshilfe"-Präsident Germain Weber sieht sich bestätigt und ergänzt: "Wir wissen aus Studien, dass inklusive Schulbildung sogar mehr Ressourcen einspart, als sie Kosten verursacht."

"Wünsche der Eltern zählen"

Der Vorsitzenden der Arge-Lehrer, Walter Riegler, sieht allerdings genau darin das Problem: "Jeder, der einmal in einer Sonderschule oder einer Blindenschule war, weiß, was dort für die Kinder geleistet wird. In einer allgemeinen Schule könnte man die Ressourcen für eine optimale Betreuung nie aufbringen." Außerdem stünden an erster Stelle die Wünsche der Eltern behinderter Kinder - von denen "ein beträchtlicher Anteil möchte, dass ihr Kind in eine Sonderschule geht".

Befürworter und Gegner der Sonderschule wollen einander am Donnerstag zu einer Verhandlungsrunde treffen, um einen Entwicklungsplan hin zur inklusiven Schule zu erarbeiten. Obwohl sie offensichtlich nicht dasselbe darunter verstehen.

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/430307_Schmied-will-Sonderschule-trotz-UN-Konvention-erhalten.html